**Deutscher Bundestag** **Drucksache 18/6637**
**18. Wahlperiode** 02.11.2015

# Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Inge Höger, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.**

## Militärintervention in der Republik Jemen durch eine von Saudi-Arabien angeführte internationale Koalition

Seit März 2015 führt eine internationale Koalition, angeführt durch das wahabitische Königreich Saudi-Arabien und unterstützt durch die Vereinigten Staaten von Amerika, Militäroperationen gegen die Republik Jemen durch. Bisher starben bei den Luftangriffen und durch anderen Beschuss über 5.100 Menschen, die meisten davon Zivilisten (reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/OCHA%20Yemen%20Humanitarian%20Bulletin%20No%201%20-%2027%20August%202015.pdf). Zu Beginn der Militärintervention zeigte der Bundesminister des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier „Verständnis für das saudische Vorgehen" (bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2015/03/2015-03-27-steinmeier-bild.html). Die Intervention hat die schon lange im Jemen bestehenden Konfliktlinien verstärkt und damit auch zu einem Anstieg auch der innerjemenitischen Gewalt geführt (jamestown.org/single/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=43950#.VfvRTPl4vTo).

Mehr als 21 Millionen Menschen im Jemen, circa 80 Prozent der Bevölkerung des Landes, sind laut UN-Angaben derzeit auf humanitäre Hilfe angewiesen (reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/OCHA%20Yemen%20Humanitrian%20Bulletin%20No%201%20-%2027%20August%202015.pdf). Der Anteil der Jemeniten, die auf Nahrungsmittelhilfen angewiesen sind, ist von 10,6 Millionen im Jahr 2014 auf fast 13 Millionen im Jahr 2015 angestiegen. 10 Provinzen stehen kurz vor einer Hungersnot (reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/yem_humsnapshot_foodinsecurity_v3.pdf). Ungefähr 1,8 Millionen Kinder leiden aktuell unter Mangelernährung; das ist ein Anstieg von über eine Million Kindern gegenüber dem Vorjahr (reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/OCHA%20Yemen%20Humanitarian%20Bulletin%20No%201%20-%2027%20August%202015.pdf).

Bis auf das Gouvernement Hadramaut im Osten des Landes – in welchem die Gruppe „Al Kaida auf der arabischen Halbinsel" in vielen Provinzen dominiert – spüren alle Provinzen der jemenitischen Republik die katastrophalen Auswirkungen der Militärintervention der internationalen Koalition (www.jamestown.org/single/?tx_ttnews%5Bswords%5D=8fd5893941d69d0be3f378576261ae3e&tx_ttnews%5Bany_of_the_words%5D=Yemen&tx_ttnews%5Btt_news%5D=44145&tx_ttnews%5BbackPid%5D=7&cHash=1c69e5a04eaa7b75e8a22b6c6ceed3b0#.VfqH9Pl4vTo).

Das Königreich Saudi-Arabien, als Initiator der Militärintervention, ist „in den vergangenen Jahren einer der größten Abnehmer von militärischer Ausrüstung aus Deutschland gewesen" (www.spiegel.de/politik/deutschland/jemen-kaempft-

saudi-arabien-mit-deutschen-waffen-a-1025748.html). Auch die auf Seiten der internationalen Koalition involvierten Staaten Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate haben in den vergangenen Jahren umfassend deutsche Rüstungsgüter importiert (www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59202). Diese Rüstungsgüter kommen auch auf dem jemenitischen Kriegsschauplatz zum Einsatz. So werden die Luftangriffe der saudi-arabisch geführten Militärkoalition „auch mit Maschinen vom Typ Panavia Tornado geflogen“ (www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59202).

Inzwischen sind laut Medienberichten neben 3000 Soldaten aus den Vereinigten Arabischen Emiraten zusätzlich noch circa 1000 saudi-arabische, 1000 katarische und 600 bis 800 ägyptische Militärs im Jemen stationiert (german-foreign-policy.com/de/fulltext/59202).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hat die Bundesregierung gegenüber der saudi-arabischen Staatsführung beziehungsweise der saudischen Königsfamilie interveniert, nachdem der Kronprinz von Abu Dhabi, Muhammad bin Zayid al Nahyan, geäußert hatte, dass der Jemen „vom [schiitischen] Abschaum [gereinigt]“ werden müsste (www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59202)?

   Und falls ja, wann und in welchem Rahmen?

2. Welche Erkenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung über den Einsatz von Patrouillen- und Grenzüberwachungsbooten aus Deutschland in Saudi-Arabien, für dessen Verkauf die Bundesregierung gebürgt hatte (spiegel.de/politik/ausland/gabriel-verteidigt-ruestungsexport-und-buergschaft-fuer-saudi-arabien-a-950856.html)?

3. Welche Fälle von Brüchen des humanitären Völkerrechts durch die saudi-arabisch geführte Militärkoalition im Jemen sind der Bundesregierung bekannt (Antwort der Bundesregierung zu Frage 4, Bundestagsdrucksache 18/4824)?

   a) Wann und in welchem Rahmen haben sich Vertreter der Bundesregierung gegenüber Vertretern der saudi-arabisch geführten Militärkoalition für die „Einhaltung des humanitären Völkerrechts im Jemen“ eingesetzt (Antwort der Bundesregierung zu Frage 4, Bundestagsdrucksache 18/4824)?

   b) Wann und in welchem Rahmen haben sich Vertreter der Bundesregierung „mit den Partnern in der EU“ gegenüber Vertretern der saudi-arabisch-geführten Militärkoalition für einen „ungehinderten humanitären Zugang […] im Jemen“ eingesetzt (Antwort der Bundesregierung zu Frage 4, Bundestagdrucksache 18/4824)?

4. Welche Waffen oder Waffensysteme aus deutscher Produktion (inklusive Eurofighter) wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bei der „Operation Sturm der Entschlossenheit“ (25. März 2015 bis 21. April 2015) sowie der „Operation Wiederherstellung der Hoffnung“ (seit dem 22. April 2015) durch die verschiedenen Konfliktparteien eingesetzt (bitte nach Land, Konfliktpartei und Anzahl der Waffen oder Waffensysteme auflisten)?

5. Wie viele Einsätze sind nach Kenntnis der Bundesregierung die „Eurofighter“ der saudi-arabischen Luftwaffe in den beiden Operationen bis Ende September 2015 geflogen worden (www.spiegel.de/politik/deutschland/jemen-kaempft-saudi-arabien-mit-deutschen-waffen-a-1025748.html)?

6. Liegen der Bundesregierung seit Mai 2015 neu gewonnene Erkenntnisse zur Herkunft von Sturmgewehren des Typs G3, die im Konflikt in und um den Jemen eingesetzt werden, vor (Antwort der Bundesregierung zu Frage 22, Bundestagsdrucksache 18/4824)?

7. Welche Staaten sind militärisch an den Militäroperationen im Jemen sowie der Blockade der jemenitischen Häfen beteiligt?
8. Welches Verhältnis haben die Schiffe der saudi-arabisch geführten Militärkoalition zu den Schiffen der Bundeswehr, die im Rahmen der EU-NAVFOR-Somalia-Operation „Atalanta“ vor dem Horn von Afrika operieren?
9. Haben Schiffe der Bundeswehr, die im Rahmen der EU-NAVFOR-Somalia-Operation „Atalanta“ vor dem Horn von Afrika operieren, Schiffe der saudiarabisch geführten Militärkoalition im Rahmen derer Operation begleitet, bewacht oder in sonst einer Weise unterstützt?
10. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Mangel von 400000 Tonnen Getreide infolge der Blockade von jemenitischen Häfen durch die saudi-arabisch-geführte Militärkoalition (sueddeutsche.de/politik/arabische-halbinsel-der-vergessene-krieg-im-jemen-1.2648591)?
11. Wann und zu welcher Gelegenheit haben sich Vertreter der Bundesregierung gegenüber Vertretern der Regierungen der saudi-arabisch geführten Militärallianz dafür eingesetzt, dass die Blockade von jemenitischen Häfen aufgehoben wird?
12. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung in der deutschen Presse, dass es sich bei der „Blockade Jemens zu Land, zu See und in der Luft zusammen mit dem pausenlosen Bombardement“ um eine „[völkerrechtswidrige] Kollektivstrafe gegen die [gesamte jemenitische] Bevölkerung“ handelt (sueddeutsche.de/politik/arabische-halbinsel-der-vergessene-krieg-im-jemen-1.2648591)?
13. Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass – nachdem Saudi-Arabien bereits in Syrien für die Eskalation der Gewalt mitverantwortlich war – Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate mit dem im Jemen geführten Krieg verhindern wollen, dass schiitische Houthis ihre Macht konsolidieren, mit ihren Bomben aber nur noch mehr Menschen zu Flüchtlingen machen (www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/die-golfstaaten-schotten-sich-gegenueber-fluechtlingen-ab-13789932.html)?
14. Inwieweit trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass innerhalb des Jemens mehr als 1,5 Millionen Menschen auf der Flucht sind und das Land nach fünf Monaten Angriff durch das von Saudi-Arabien geführte Bündnis aussieht wie Syrien nach fünf Jahren (ipsnews.de/index.php/news/679-jemen-un-bereitet-friedensverhandlungen-zwischen-buergerkriegsparteien-vor)?
15. Inwieweit trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass allein mit Hilfe des UN-Flüchtlingshilfekommissariats UNHCR mehr als 100000 Menschen den Jemen verlassen haben (ipsnews.de/index.php/news/679-jemen-un-bereitet-friedensverhandlungen-zwischen-buergerkriegsparteien-vor)?
16. Welche Erkenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung über die Übernahme öffentlicher Gebäude in der jemenitischen Hafenstadt Jemen durch „Al Kaida auf der arabischen Halbinsel“ während die Stadt unter der militärischen Kontrolle von Truppen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten steht (www.bbc.com/news/world-middle-east-34115952)?
17. Welche Erkenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung darüber, dass „Al Kaida auf der arabischen Halbinsel“ und der „Islamische Staat“ sich im Jemen de facto zusammengeschlossen haben, um die Huthis zu bekämpfen (www.bbc.com/news/world-middle-east-34115952)?

18. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass internationale Hilfszusagen für den Jemen in diesem Jahr weitgehend „ein leeres Versprechen“ blieben (thenation.com/article/yemen-the-worlds-next-great-refugee-crisis/)?

19. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung (auch nachrichtendienstliche) zur Brandschatzung der katholischen Kirche (Kirche der Heiligen Familie) durch Angehörige des Al-Kaida-Netzwerks in Aden, dass sich zu dieser Zeit unter Kontrolle der von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition befand (fides.org/de/news/36815-ASIEN_JEMEN_Katholische_Kirche_in_Aden_durch_einen_Brandanschlag_verwuestet)?

20. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über einen Wiederaufbau, der bei einem saudisch-arabischen Bombardement am 11. Mai 2015 zerstörten katholischen Kirche, und welche Entschädigung hat das wahabitische Königreich Saudi-Arabien dafür bisher geleistet (fides.org/de/news/36159-ASIEN_JEMEN_Katholische_Kirche_bei_Bombenangriffen_beschaedigt)?

21. Bleibt die Bundesregierung auch angesichts des Krieges des Königreichs Saudi-Arabien und seiner Verbündeten gegen die Republik Jemen bei ihrer Einschätzung von Saudi-Arabien als „einer der wichtigsten Stabilitätsanker in der Region“ (www.sueddeutsche.de/politik/streit-um-panzer-lieferung-de-maizire-wuerdigt-saudi-arabien-als-stabilitaetsanker-1.1118148)?

22. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Bombardierung einer Hochzeitsgesellschaft im jemenitischen al-Wahga Ende September 2015 durch die Luftstreitkräfte der saudi-arabisch geführten Militärkoalition (www.theguar dian.com/world/2015/sep/28/saudi-led-airstrikes-hit-yemen-wedding-party)?

    a) Wie viele Opfer hat dieser Luftschlag gefordert (www.cbc.ca/news/world/yemen-air-strike-wedding-party-1.3248095)?

    b) Wer hat diesen Luftschlag ausgeführt angesichts der Behauptungen saudi-arabischer Offizielle, dass dies nicht die Militärkoalition war (www.aljazeera.com/news/2015/10/deadly-air-strike-reported-yemen-wedding-party-151008073704528.html)?

23. Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), dass im Jemen ein Krankenhaus von „Ärzte ohne Grenzen“ in der Provinz Saada bei einem gezielten Luftangriff des von Saudi-Arabien angeführten Bündnisses bombardiert und mehrmals getroffen wurde, so dass das Krankenhaus vollständig zerstört und mehrere Menschen verletzt wurden (www.spiegel.de/politik/ausland/jemen-krankenhaus-von-aerzte-ohne-grenzen-bombardiert-a-1059873.html)?

24. Inwieweit betrachtet die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis diesen gezielten Angriff des von Saudi-Arabien angeführten Bündnisses auf ein Krankenhaus von „Ärzte ohne Grenzen“ in der Provinz Saada als ein Kriegsverbrechen?

25. Hat sich die Bundesregierung dafür eingesetzt, dass dieser gezielte Angriff des von Saudi-Arabien angeführten Bündnisses auf ein Krankenhaus von „Ärzte ohne Grenzen“ in der Provinz Saada unabhängig untersucht und geahndet wird bzw. wird sie das tun, und wenn nein, warum nicht?

26. Inwieweit trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass seit das von Saudi-Arabien angeführte Bündnis im März 2015 mit Luftangriffen auf Jemen begann, bereits mehr als 5.000 Menschen bei den Angriffen getötet wurden, unter ihnen 2.300 Zivilisten (ipsnews.de/index.php/news/679-jemen-un-bereitet-friedensverhandlungen-zwischen-buergerkriegsparteien-vor)?

27. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass Geld, welches „Emissäre“ der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate an Stammesvertreter im Südjemen geliefert haben, an Al Kaida weitergeleitet wurde (www.deutschlandfunk.de/krieg-in-syrien-die-allianzen-des-augenblicks.724.de.html?dram:article_id=333039)?

    a) Welche – auch nachrichtendienstlichen – Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass und wie die Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate „al-Qaida gebraucht [habe], um das Kräfteverhältnis [im Jemen zu] verändern (www.deutschlandfunk.de/krieg-in-syrien-die-allianzen-des-augenblicks.724.de.html?dram: article_id=333039)?

    b) Welche Konsequenzen und Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der – gegebenenfalls indirekten – Unterstützung von „Al Kaida auf der arabischen Halbinsel“ durch die Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate?

    c) Welche Konsequenzen und Schlussfolgerungen ergeben sich daraus für die im Jahr 2004 geschlossene „strategische Partnerschaft“ zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und der Bundesrepublik Deutschland (www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/VereinigteArabischeEmirate/Bilateral_node.html)?

    d) Welche Konsequenzen und Schlussfolgerungen ergeben sich aus dieser Unterstützung der Vereinigten Arabischen Emirate von „Al Kaida auf der arabischen Halbinsel“ für die deutsch-französischen Beziehungen angesichts des Umstandes, dass sich „Al Kaida auf der arabischen Halbinsel“ zu den Anschlägen auf die französische Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ am 7. Januar 2015 bekannt hat (www.deutschlandfunk.de/krieg-in-syrien-die-allianzen-des-augenblicks.7 24.de.html?dram:article_id=333039)?

28. Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen dem menschenverachtenden Vorgehen des wahabitischen Königshauses Saudi-Arabiens gegen die schiitische Minderheit im eigenen Land, so wie es sich im Todesurteil gegen den zur angeblichen Tatzeit 17-jährigen Oppositionellen Ali al-Nimr, der geköpft und gekreuzigt werden soll, und der Bombardierung des Jemen, dessen neue Regierung sich explizit gegen eine Diskriminierung und Unterdrückung von Schiiten durch salafistische Terrorbanden erklärt hat (www.spiegel.de/politik/ausland/saudi-arabien-will-ali-al-nimr-koepfen-und-kreuzigen-a-1054464.html)?

29. Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um eine Vollstreckung der Enthauptung und Kreuzigung des Oppositionellen Ali Al-Nimr durch die saudisch-arabische Diktatur zu verhindern (www.swp.de/ulm/nachrichten/politik/Protest-gegen-Todesurteil-fuer-Ali-al-Nimr;art4306,3448936)?

30. Inwiefern ist die Bundesregierung aktiv geworden, um einer fortgesetzten Diskriminierung und Unterdrückung von Schiiten auf der arabischen Halbinsel durch Saudi-Arabien entgegenzutreten?

31. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die wirtschaftlichen Aktivitäten des saudi-arabischen Staatsfonds SAMA Foreign Holdings in der Bundesrepublik Deutschland und anderen Mitgliedstaaten der EU (de.statista.com/statistik/daten/studie/208474/umfrage/groesste-staatsfonds-weltweit-nach-der-hoehe-des-verwalteten-vermoegens/; bitte insbesondere die Beteiligungen von SAMA Foreign Holdings an Firmen innerhalb der EU einzeln und nach Unternehmenssitzen gegliedert auflisten)?

32. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die wirtschaftlichen Aktivitäten des katarischen Staatsfonds Qatar Investment Authority in der Bundesrepublik Deutschland und anderen Mitgliedstaaten der EU (welt.de/finanzen/immobilien/article117841909/Katar-geht-in-Deutschland-auf-Einkaufstour.html; bitte insbesondere die Beteiligungen der Qatar Investment Authority an Firmen innerhalb der EU einzeln und nach Unternehmenssitzen gegliedert auflisten)?

33. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die wirtschaftlichen Aktivitäten des vereinigt-emiratischen Staatsfonds Abu Dhabi Investment Authority in der Bundesrepublik Deutschland und anderen Mitgliedstaaten der EU (www.wiwo.de/finanzen/geldanlage/mega-investoren-lernen-von-staatsfonds/6927128-all.html, bitte insbesondere die Beteiligungen der Abu Dhabi Investment Authority an Firmen innerhalb der EU einzeln und nach Unternehmenssitzen gegliedert auflisten)?

34. Inwieweit bleibt die Bundesregierung bei der Auffassung, dass die an Katar genehmigte Lieferung von 62 Leopard-2-Panzer und 24 Panzerhaubitzen im Wert von etwa 2 Mrd. Euro (www.tagesschau.de/ausland/katar-117.html) deshalb schon nicht problematisch wären, weil „[s]o ein Panzer … ja nicht wie ein Kühlschrank [ist], wo man den Stecker vom Kühlschrank in die Steckdose steckt und schon läuft der Kühlschrank. Sondern das sind hochdifferenzierte Produkte, die ein optimales Zusammenspiel zwischen Mensch und Maschine erforderlich machen“ und bis dieses Zusammenspiel bei den Streitkräften Katars erreicht sei, werde doch aller Voraussicht nach im Jemen nicht mehr so gekämpft, wie das momentan der Fall sei (www.deutschlandfunk.de/panzer-nach-katar-bundesregierung-verteidigt-lieferung.1783.de.html?dram:article_id=334870)?

35. Inwieweit bleibt die Bundesregierung bei ihrer Auffassung, dass die Lieferung an Katar noch einmal innerhalb der Bundesregierung mit den beteiligten Partnern geprüft wurde und insgesamt als Ergebnis bei dieser Überprüfung zu der Einschätzung gelangte, dass diese Genehmigung nicht widerrufen werden konnte, obwohl das in anderen Fällen wie vor ein paar Monaten gegenüber Russland (Rheinmetall) möglich war (www.deutschlandfunk.de/panzer-nach-katar-bundesregierung-verteidigt-lieferung.1783.de.html?dram:article_id=334870), als eine 2011 von Rheinmetall mit Russland vereinbarte und von den deutschen Behörden genehmigte Lieferung und Errichtung eines Gefechtsübungszentrums im Nachgang widerrufen worden war (www.stern.de/wirtschaft/news/rheinmetall-fordert-entschaedigung-von-sigmar-gabriel-wegen-russland-deal-5955474.html)?

Berlin, den 2. November 2015

**Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333